



Medienmitteilung 30. März 2023

Berufsauftrag: Stossrichtung stimmt, zentrale Massnahme viel zu schwach formuliert

Die Zürcher Bildungsdirektion hat heute Donnerstag Anpassungen beim Berufsauftrag für Lehrpersonen angekündigt. Die Stossrichtung der Massnahmen stimmt für den Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband. Die für die Klassenlehrpersonen vorgesehene Entlastung fällt jedoch viel zu tief aus, was die Wirkung des gesamten Pakets stark schmälern würde. Der ZLV wird diesen Punkt in die Vernehmlassung einbringen, zusammen mit weiteren Verbesserungen.

Mit ihrer Medienmitteilung von heute Donnerstag anerkennt die Bildungsdirektion, dass sich der aktuelle Lehrpersonenmangel ohne Gegenmassnahmen über viele Jahre in der Volksschule festsetzen würde. Die Massnahmen sollen dazu dienen, die Attraktivität des Lehrberufs langfristig zu sichern. Für den ZLV ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. «Die Bildungsdirektion akzeptiert, dass es eine Investition in die Qualität der Volksschule und dafür eine Entlastung der Lehrpersonen braucht – darüber sind wir froh», sagt ZLV-Präsident Christian Hugi.

Der ZLV begrüsst, dass innerhalb der gegebenen Jahresarbeitszeit die Zeitzuteilung für den Bereich Unterricht erhöht werden soll. Mit dem Vorschlag, die Dotation für eine Wochenlektion von heute 58 Stunden auf neu 60 Stunden anzuheben, macht die Bildungsdirektionen einen bedeutenden Schritt in Richtung des ZLV-Ziels von 62 Stunden. «Damit erhalten die Lehrpersonen mehr Zeit für ihr Kerngeschäft», sagt Christian Hugi. Gleichzeitig reduziert dies auch die seit Jahren übermässige Arbeitsbelastung und damit eine Kernursache des Lehrpersonenmangels.

Zu wenig für die Klassenlehrpersonen vorgesehen

Leider fällt eine weitere zentrale Massnahme im Vorschlag der Bildungsdirektion viel zu tief aus: Sie will die Arbeitszeitpauschale für Klassenlehrpersonen von heute 100 Stunden pro Klasse und Jahr nur «schrittweise auf mindestens 120 Stunden» erhöhen. Sie bleibt damit weit unter der Motion von Kantonsrat Christoph Ziegler, der mit Mitunterzeichnenden eine Pauschale von 200 Stunden verlangt. Der ZLV selbst fordert für eine wirksame Stärkung der für den Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen sehr wichtigen Funktion eine Pauschale von 250 Stunden pro Jahr. 20 Stunden mehr pro Jahr bringt pro Schulwoche nur eine halbe Stunde zusätzlich. «Das genügt bei Weitem nicht und schmälert die Wirkung des Gesamtpakets», sagt Christian Hugi.

Einverstanden ist der Verband dagegen mit den ebenfalls vorgesehenen administrativen Entlastungen der Lehrpersonen, auch wenn dieser Bereich für die Gesamtentlastung der Lehrpersonen weniger ins Gewicht fällt, als oft angenommen wird. Die Erhöhung des minimalen Beschäftigungsgrads für Lehrpersonen von 35 auf 40 Prozent ist für den ZLV akzeptierbar, wenn gleichzeitig das Pensum für das Führen einer Kindergartenklasse von heute 90 Prozent auf 100 Prozent erhöht wird – die dritte wichtige Forderung des ZLV. Der Mangel an Lehrpersonen ist auf dieser Stufe am ausgeprägtesten und eine volle Anerkennung der geleisteten Arbeit (Stichwort: begleitete Pausen) unverzichtbar.

In der Vernehmlassung wird der ZLV die oben erwähnten Punkte einbringen und sich weiterhin in vollem Umfang für seine bisher geltenden Ziele einsetzen. Er fordert die anderen Verbände und Institutionen des Schulfelds und die politischen Parteien auf, sich ebenfalls für eine wirksame Entlastung der Lehrpersonen und damit die Qualität der Volksschule auszusprechen.

Kontakt für die Medien: Christian Hugli, Präsident ZLV: 076 580 70 97, christian.hugli@zlv.ch

Zusätzliche Informationen: <https://www.zlv.ch/news> <https://www.zlv.ch/politik/berufsauftrag-1>